



Resolution der Bundeskonferenz des obds

7.10.2012 in Graz zum

Welttag für menschenwürdige Arbeitsplätze

Die Bundeskonferenz der SozialarbeiterInnen des Berufsverbandes obds weist auf die enorme Bedeutung der Arbeit für die Menschen und auf die Bedeutung menschenwürdiger Arbeitsplätze hin.

Die Wirtschaftsentwicklung zeigte in den letzten Jahren eine besonders hohe Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen, die den Menschen, trotz voller Arbeitsleistung ihre Grundbedürfnisse nicht – nicht mehr - sichern können.

Weiters gibt es die Tendenz, jenen Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, nur prekäre Arbeitsverhältnisse anzubieten, verbunden mit der Androhung der Kürzung von Unterstützungsleistungen. Dies führt auch dazu, dass die Betroffenen unter die Armutsgrenze rutschen und sie die grundlegenden Bedürfnisse wie Wohnen, Essen, Bekleidung für sich und ihre Familien nicht mehr aus ihrem Einkommen bestreiten können.

Bei jungen Menschen kommt noch dazu, dass ihre Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten beschnitten und ihre Chancen in ein Erwerbsleben einzusteigen, vielfach bis auf Null reduziert werden. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in einigen Ländern bei bis zu 60 Prozent, und eine ganze Generation Jugendlicher steht vor dem Ausschluss vom Arbeitsmarkt.

Dies ist eine soziale und wirtschaftliche Zeitbombe.

Die Finanzkrise und die Unfähigkeit bzw. die fehlende Bereitschaft der Regierungen, für Arbeitsplätze zu sorgen und in die Menschen und deren Wohlergehen, nachhaltig und langfristig zu investieren, wirken sich auf junge Menschen besonders krass aus.

Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte.

Die Regierungen sind für den Schutz dieser grundlegenden Menschenrechte in der Gesetzgebung und Praxis verantwortlich. Den Regierungen kommt hier in der Tat eine unerlässliche Rolle zu.

Die obds Bundeskonferenz bedauert und verurteilt die anhaltenden und weit verbreiteten Verletzungen grundlegender Arbeitnehmerrechte, wo immer sie auftreten. Es ist inakzeptabel, dass Menschen sich von einem Vollarbeitsplatz nicht mehr ernähren können, dass sie nicht versichert oder unzureichend abgesichert sind, dass sie als Saisonarbeitskräfte oder sog. "Scheinselbständige" beliebig, als "Ware" austauschbar sind.

Die Verletzung von Arbeitnehmerrechten hat weitreichende Folgen, für die Menschen selbst, für ihre Familien, sie hat Auswirkungen auf ihre Gesundheit, ihre Arbeitsfähigkeit, erzeugt Stress und gesundheitliche Belastungen bis zu ernstesten körperlichen Erkrankungen und Burnout.

SozialarbeiterInnen in Österreich werden in ihrer Arbeit täglich damit befasst. Die Möglichkeiten und Ressourcen, den Menschen in solchen Situationen zu helfen werden bedauerlicherweise ebenso wie die Unterstützungsleistungen laufend gekürzt.

Der obds fordert daher:

- Alle Anstrengungen auf die Bekämpfung prekärer und informeller Beschäftigung richten
- Bekämpfung von Armutslöhnen für volle Arbeitsleistung
- verstärkte Bekämpfung menschenunwürdiger und gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen
- Arbeitsmedizinische und psychologische Betreuung für alle, Burnoutprävention verstärken
- Druck auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose verringern, verstärkt Menschenrechte einhalten
- Keine Krisenbekämpfung auf Kosten der schwächsten Gruppen der Gesellschaft

- Gesetze, Maßnahmen der Regierung und der öffentlichen Hand auf Einhaltung der Menschenrechte prüfen, ihre Auswirkung auf soziale Gerechtigkeit und gleichmäßige Belastung der gesellschaftlichen Gruppen prüfen
- Gesellschaftliche Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit von Erträgen und Lebenschancen
- Soziale Grundrechte in Österreich in der Verfassung und Gesetzgebung verankern
- Kinderrechte in vollem Umfang der Kinderrechtskonvention anerkennen
- „Weitergabe“ von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung an die nächste Generation verhindern
- Internationale Vernetzung und solidarisches Handeln lokal und global verstärken

Die Bundeskonferenz des obds